

Gefärtarten von Straßen- und ähnlichen Bahnen, die getrennte Wagenklassen nicht führen, werden wie Fahrtarten 3. Klasse behandelt. Der Antrag enthält dann auch noch Beklumungen über die Personenfahrtarten des Binnendampfschiffverkehrs und über den Dampfschiffverkehr auf der Nord- und Ostsee; diese Karten sollen als solche 3. Klasse behandelt werden. Der Antrag dieser Steuer wird auf 48 Wll. veranschlagt.

* Zum Direktor des Reichstags als Nachfolger des Geh. Regierungsrats Knad ist, wie die „Neue militär-politische Korrespondenz“ erzählt, der Reichsminister Jungheim in Aussicht genommen worden, der den verstorbene Direktor schon vor acht Jahren für eine ganze Tagung vertreten hat und der älteste Beamte des Bureaus des Reichstags ist.

Colonialpolitisches.

(W. T. B.) Berlin, 6. Mai. (Amtliche Meldung) über die im März und April erfolgten Gefechte in Deutsch-Ostafrika sind noch folgende weitere Meldungen des Gouvernements auf telegraphischem Wege eingegangen: Die vereinigten Detachements v. Wangenheim und v. Hassel durchstreiften in der zweiten Hälfte des Monats März den südlichen Teil des Mahengebezirks. Der Gegner hatte in mehreren Gefechten einen Verlust von etwa 200 Toten. v. Hassel wurde am 21. März von zahlreichen Wagindos am Lukuba angegriffen, schlug aber den Feind zurück, der 66 Tote hatte, und von dessen Leuten viele im Lumugu entrannten. v. Hassel hatte nur geringe Verluste. Die Operationen wurden durch Hochwasser und Nahrungsmanöver erschwert. Die Abteilung Seboldstorff traf, von Kilwa kommend, am 11. April in Mahenge ein. Die Kompanie Schönberg operierte mit Erfolg in der Umgebung von Bemba. Im Norden des Songaabezirks hatte die Kompanie Kleist mehrere siegreiche Gefechte, wobei der Gegner 150 Tote hatte und 110 Gefangene sowie 650 Stück Vieh verlor. Auf Seiten der Kompanie Kleist wurden drei Askaris verwundet und einige Hilfskrieger fielen. Major Johannes begann eine konzentrische Operation gegen Upanga und Ukinga. Der Sultan Netero stellte zahlreiche Hilfskrieger.

* Im Maiheft der „Deutschen Revue“ entwickelt General Leutwein seine Ansichten über die Frage: „Was kann aus Südwestafrika noch gemacht werden?“ Den interessanten Ausführungen des ehemaligen Gouverneurs der Kolonie entnehmen wir folgendes:

Als ich gleich bei Beginn des Herero-Aufstandes die Ansicht vertrat, daß wir auch ferner eine eingeborene Regierung nicht zu entfehlern vermöchten, unbedacht, welchen Namen wir ihr geben, wurde dies allezeit mit unglaublichem Staunen aufgenommen. Und doch muß ich dabei verbreiten. Wenn die Eingeborenen auch häufig als Stammesverbände aufgelöst und politisch machtlos sein werden, so sind sie darum doch nicht ungeschickt. Gleichviel, ob wir sie in Kolonien oder in Reservate eindämmen, ihre Flucht aus diesen, um ein frisches, fröhliches Räuberleben zu beginnen, wird niemand hindern können. Wollen wir dann hinter jedem Flüchtlings weiße Polizei herstellen, so werden wir ihn schwerlich wiederbekommen. Können wir dagegen einem Werkzeugband bei Strafe die Pflicht zu dessen Einsichtnahme bauen eines bestimmten Termint aussetzen, so haben wir alle Ansichten, jenseit wieder habhaft zu werden. Von seiner eigenen Obrigkeit läßt sich der Eingeborene überhaupt lieber schlecht als von der weisen gut behandeln. Die Maße beobachten wir daher am besten mit Hilfe der ersten. Auch können die weisen Beamten sich nicht um jeden Band der Eingeborenen unter sich lämmern, sie können deren Tatenhand nicht kontrollieren, ihre Geburten, Sterbefälle und Trauungen nicht registrieren. Alles dieses muß der eingeborenen Obrigkeit bez. der Mission überlassen bleiben. Überhaupt werden wir bei der Neuordnung der Bevölkerung unter den Eingeborenen gut tun, uns zunächst der Mitwirkung der Mission zu versichern. Selbstverständlich können die häufigen Verlobungen nicht mehr Kapitäne in dem bisherigen Sinne sein, sondern nur seitens der Regierung eingesetzte und bezahlte Beamte. Sonst aber muß unser Wahlrecht häufig sein, für die politische Entscheidung der Eingeborenen um so mehr Schutz dem einzelnen Individuum zu gewähren, dessen Zufriedenheit mit seinem Sohn und dessen Arbeitskraft wie uns auch ferner erhalten müssen. Ein sanfter Zwang zur wirtschaftlichen Arbeit wird dabei gar nichts schaden. Aber auch hierzu sowie zum Ausbau der Arbeitskräfte mit den weisen Arbeitgebern bedürfen wir einer eingeborenen Obrigkeit. Wollen wir jedoch aus irgendwelchen Gründen häufig die Politik der Verhöhnung nicht betreiben, so idem wir am besten, unseren Eingeborenen nach dem Beispiel der Kapkolonie gleich das volle Bürgerrecht zu verleihen. Mit anderen Worten, wir müssen in Südwestafrika entweder die beiden Rassen trennen, indem wir die eine in Gebiete eindämmen, deren Vertreten der anderen verboten ist, oder wir müssen sie nach englischem Vorbild einander gleichstellen. Andernfalls kommen wir dort nicht wieder zur Ruhe, höchstens zu derjenigen des Kirchhofs.

Die Bestallung der Werkvorstände als „Schulzen“ würde sich zweifellos in Südwestafrika ebenso bewähren, wie sich die Tätigkeit der Jumben in Ostafrika bewährt hat. Die Vorschläge Leutweins für die Neuordnung der Bevölkerung erscheinen auch sonst der Prüfung wert.

Ausland.

(Drahtnachrichten.)

Die Jungtschechen und das Kabinett Hohenlohe.

(W. T. B.) Prag, 5. Mai. Das Exekutivomitee der Jungtschechen beschloß in einer heute abgehaltenen Sitzung eine Resolution, in der erklärt wird, für die gegenwärtige Regierung könne so lange kein Vertrauen vorhanden sein, so lange die Regierung den Tschechen gegenüber nicht durch Taten die absolute Gerechtigkeit beweisen werde.

Zur Lage in Österreich.

(Königl. Bdg.) Wien, 5. Mai. Prinz Hohenlohe eröffnete heute Verhandlungen mit den Parteiführern. Als erster erschien bei ihm der Obmann der deutschen Volkspartei, Dechhata. Seine Unterredung mit Hohenlohe währt zwei Stunden. Hohenlohe erklärte, er sei im Grundsatz geneigt, das Kabinett zu parlamentarifizieren, doch werde er erst nach Anhörung der übrigen Parteiführer hierüber entschließen lassen. Großes Gemüth lege er auf die Durchführung der Wahlreform, deren Grundzüge unverändert blieben. Nach Dechhata empfing der Ministerpräsident den Obmann der Deutschföderat, Groß-Morgen. Kommen die Polen an die Reihe, übermorgen die Tschechen.

Die „Neue Freie Presse“ führt in einer Betrachtung über den Amtsantritt des Ministerpräsidenten Prinzen Hohenlohe aus, daß er vor allem danach werde trocken müssen, zu einer Verständigung mit den Parteien über die Wahlreform zu gelangen. Die Aussichten, daß das gelingen werde, hätten sich allerdings bisher wenig gebebt. Die Polen verlangten eine fachliche Änderung der Vorlagen. Daß der Statthalter von Galizien nach Wien berufen worden sei, deute darauf hin, daß neue Verhandlungen mit dem Polenkub in Sicht kommen. Freilich könnten die Bedingungen der Polen auch jetzt noch derart sein, daß darüber keine Verständigung möglich wäre, allein der tote Punkt, an dem Fr. v. Gauß angelaufen sei, schiene doch überwunden zu sein.

Zur Lage in Ungarn.

(W. T. B.) Budapest, 5. Mai. Graf Apponyi sagte in einer Rede an die Kasz-Berenger Wähler über die Lage, welche durch die absolute Majorität der Kossuthpartei geschaffen worden sei, daß dieser Umstand an dem Charakter des Regimes nichts ändere, die Regierung halte an jenen Vereinbarungen fest, die bei der Übernahme der Regierung getroffen worden seien. Die Wähler hätten in Kenntnis dieser Tatsachen ihre Stimmen abgegeben. Die Kossuthpartei werde trotz des numerischen Übergewichts jenen anderen Parteien gegenüber, mit denen sie sich koalierte, nicht das Brennpunktwert des numerischen Übergewichts in die Waagschale werfen. Die Kossuthpartei werde schon in der Übergangszeit durch Besonnenheit und Selbstbeherrschung beweisen, daß sie niemand bedrohe, daß der König keinen Grund habe, über die Erfahrung der Kossuthpartei Begegnisse zu hegen. Der König werde erkennen, daß die Kossuthpartei einen großen Faktor für die Entwicklung der Nation und für die Befestigung des Thrones bilde. (Lebhafte Beifall.)

Das „Tremendblatt“ führt in einer Befreiung der ungarischen Reichstagswahlen aus, diese hätten keine Überraschung gebracht. Allerdings hätten die Vertreter der Unabhängigkeitspartei die Majorität erlangt, aber die Wähler, die diesmal den Vertretern der Prinzipien von 1848 ihre Stimmen gaben, hätten zugleich der Jurisdiktion dieser Prinzipien zugestimmt. Der Sturz der Partei, die so lange die Trägerin des 1867er Gedankens war, habe seinen Umturz in Ungarn herbeigeführt. Aus dem Boden, auf dem Deals Anhänger gefallen liegen, wachse ein verzweigter Realismus hervor.

Wahlkrawalle in Ungarn.

(W. T. B.) Szatmar-Remeti, 6. Mai. In der Ortschaft Amacz des Wahlbezirks Krassó griffen nach der Wahl rumänisch-nationale Wähler Anhänger der aus der Wahl siegreich hervorgegangenen Unabhängigkeitspartei an. Hierbei wurden drei Rumänen verwundet und einige Hilfskrieger fielen. Major Johannes begann eine konzentrische Operation gegen Upanig und Ukinga. Der Sultan Netero stellte zahlreiche Hilfskrieger.

(W. T. B.) Szatmar-Remeti, 6. Mai. In der Ortschaft Amacz des Wahlbezirks Krassó griffen nach der Wahl rumänisch-nationale Wähler Anhänger der aus der Wahl siegreich hervorgegangenen Unabhängigkeitspartei an. Hierbei wurden drei Rumänen getötet. Auf beiden Seiten wurden mehrere Personen verwundet, darunter sechs schwer. Die Räbelsführer wurden verhaftet.

Sozialistische Aufrührungen in Galizien.

(W. T. B.) Lemberg, 6. Mai. Nach einer sozialistischen Versammlung zogen deren Teilnehmer zu dem Denkmal des Dichters Mickiewicz, wo zwei sozialistische Führer Ansprachen hielten. Als die Polizei eine rote Fahne beschlagnahmte, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Menge und der Polizei. Hierbei wurden sechs Personen, darunter ein Polizist, leicht verletzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Die deutsche Spende für Courrières.

(W. T. B.) Paris, 5. Mai. Im Ministerrat teilte der Minister des Außen, Bourgeois, mit, daß der Deutsche Botschafter Fürst Radolin ihm 246.000 Frs. für die Opfer des Grubenunglücks von Courrières habe überreichen lassen. Er habe darauf den Fürsten gebeten, den großherzigen Gebern den Ausdruck der Dankbarkeit der französischen Regierung und der von der Katastrophe betroffenen Bevölkerung zu übermitteln.

Die Wahlen in Frankreich.

Die Deputiertenwahlen in Frankreich sind am gestrigen Sonntag vollzogen worden. Die Regierungsmehrheit wird, nach den bisher vorliegenden Ergebnissen, erhalten bleiben; sämtliche Minister sind wiedergewählt worden. Über die Ergebnisse, soweit sie bisher bekannt wurden, liegen folgende Nachrichten vor, wobei zum besseren Verständnis der Leser bemerkt sei, daß im ganz Frankreich und seinen Kolonien 591 Deputierte zu wählen sind, in Paris 40; außerdem in den beiden Vorstädten, Arrondissements Saint Denis und Sceaux 10.

(W. T. B.) Paris, 6. Mai. (Kammerwahlen.) Unter den in Paris Gewählten befinden sich Admiral Biennais (Liberal), George Berry (Liberal), Berger (Liberal), Denis Cochin (Konser.), Lerolle (Konser.), Millerand (Soz.), Semard (Soz.), Solzoy (Radikal). Dauviss (Nationalist) ist unterlegen.

In Lyon ist gewählt worden du Pressensé (Soz.), in Riom der frühere Kolonialminister Clémentel, in Nîmes der Handelsminister Dumergue. Der Radikal le Perissé ist in Rennes unterlegen.

(W. T. B.) Paris, 6. Mai. In Paris sind ferner gewählt worden Basly (Nationalist), Milonay (Nationalist), Rouanet (Soz.), Brousse (Soz.), Vaillant (Soz.), Desplas (Soz.-Radik.). In Sceaux ist der Nationalist Marcelles Habert unterlegen. In Lyon steht der frühere Marineminister Lanchez zur Stichwahl. In St. Etienne ist der Unterrichtsminister Briand wiedergewählt worden. In Béthune sind die Sozialisten Basly und Lamandier wiedergewählt worden. In Verviers ist der General Zurlinden von dem Radikalen Schneider geschlagen worden. In Paris herrsche abends reges Leben. Große Gruppen halten sich vor den Redaktionen der Blätter und auf den großen Boulevards auf. Die Polizei veranlaßte die Leute, die dort wie vor dem Hotel de Ville Kundgebungen versuchten, zum Auseinandergehen.

(W. T. B.) Paris, 7. Mai. Nach der morgens 3 Uhr 30 Min. veröffentlichten Statistik des Ministeriums des Innern sind bisher 503 Wahlergebnisse bekannt geworden. Gewählt worden sind 376 Deputierte, die aus folgenden Gruppen sich zusammenfanden: Konservative 65, Nationalisten 26, Progressisten 50, linksstehende Republikaner 56, Radikale 73, Rad.-Sozialisten 57, vereinigte Sozialisten 30, unabhängige Sozialisten 9. Der Gewinn der Mehrheit beträgt bisher 32, der Verlust 9. Es haben 127 Stichwahlen stattgefunden.

Paris, 7. Mai. Gewählt ist ferner der Ministerpräsident Sarrat, Graf Castellane ist unterlegen. Major Driant kommt in Stichwahl.

Paris, 7. Mai. In Laon wurde der bisherige Kammerpräsident Doumer, in Marville Briffont gewählt. In Paris kommen Oberst Marchand und Guiot de Villeneuve in Stichwahl. Grosjean ist unterlegen.

Paris, 7. Mai. Es wurden ferner gewählt der frühere Minister Boucher, der Kolonialminister Leygues, Lafays, Delcassé, Barhou. In Stichwahl kommt Déroulede. Jaurès ist unterlegen.

Paris, 7. Mai. Um 1/2 Uhr früh waren im Ministerium des Innern 576 Wahlergebnisse bekannt. Danach sind bisher gewählt 421 Abgeordnete, während 155 Stichwahlen stattgefunden haben. Gewählt sind 76 Konservative, 28 Nationalisten, 56 Progressisten, 63 von der republikanischen Linken, 83 Radikale, 73 Sozial-Radikale, 32 vereinigte Sozialisten, 10 unabhängige Sozialisten. Der Gewinn der Mehrheit beträgt 35 Sitze, ihr Verlust 11.

(Berl. Lokalz.) Paris, 6. Mai. Der bisherige Gesamtindruck der Wahlen lädt voraussichtlich, daß es nicht gelungen ist, in den ministeriellen Block Breche zu legen. Die

Bemühungen, eine Partei der mißvergnügten Militärs in der Kammer zu bilden, sind durch die Niederlage zur Einwendung und die Aussichtslosigkeit der Stichwahlen für den Oberst Marchand und Major Driant als gescheitert anzusehen. Die Regierungsmehrheit wird in der neuen Kammer nicht stärker, aber auch nicht schwächer sein.

Krawalle bei den französischen Wahlen.

Montpellier, 7. Mai. Bei der Bekanntgabe des Wahlresultats kam es hier zu Schlägereien. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter der sozialistische Gemeinderat Roque, der die Wahlresultate nach der Präfektur brachte, schwer.

Die Umsturzpläne der französischen Antirepublikaner.

(Wolfs Telegraphisches Bureau.)

Paris, 5. Mai. Dem „Matin“ zufolge beruhnen die Anklamungen, die jüngst Minister Clemenceau in seiner Lyoner Rede über den Umsturzplan der Antirepublikaner machte, auf zwei Schriftstücken, von denen das eine gelegentlich einer Hausdurchsuchung bei dem Grafen Beauregard, das andere bei dem Royalisten Grafen de la Régle beschlagnahmt worden war. Das erste enthält u. a. folgenden Satz: „Wenn Sie um Mitternacht erfahren, daß der Aufstand ausgebrochen ist, dann müssen Sie um 6 Uhr morgens am Schauspielplatz des Streites sein und einige Stunden später die Leiter der Bewegung für sich gewonnen haben.“ Das bei dem royalistischen Kammer-Schriftstück ist ein Aufruf „Zukunft des Streites“, der ungefähr folgendermaßen schließt: „Ich glaube, bewiesen zu haben, daß der revolutionäre Streit geradezu zur Anarchie führt und diese wieder infolge eines aller Sozialpolitiken wohlbeliebten Rückfalls sofort die stummste Monarchie herbeiführen dürfte. Um diese Neuordnung dringend zu beschleunigen, ist es notwendig, daß sich jeder Bürger seiner Rechte und Pflichten bewußt wird.“

Paris, 5. Mai. Dem „Matin“ zufolge beruhnen die Anklamungen, die jüngst Minister Clemenceau in seiner Lyoner Rede über den Umsturzplan der Antirepublikaner machen, auf zwei Schriftstücken, von denen das eine gelegentlich einer Hausdurchsuchung bei dem Grafen Beauregard, das andere bei dem Royalisten Grafen de la Régle beschlagnahmt worden war. Das erste enthält u. a. folgenden Satz: „Wenn Sie um Mitternacht erfahren, daß der Aufstand ausgebrochen ist, dann müssen Sie um 6 Uhr morgens am Schauspielplatz des Streites sein und einige Stunden später die Leiter der Bewegung für sich gewonnen haben.“ Das bei dem royalistischen Kammer-Schriftstück ist ein Aufruf „Zukunft des Streites“, der ungefähr folgendermaßen schließt: „Ich glaube, bewiesen zu haben, daß der revolutionäre Streit geradezu zur Anarchie führt und diese wieder infolge eines aller Sozialpolitiken wohlbeliebten Rückfalls sofort die stummste Monarchie herbeiführen dürfte. Um diese Neuordnung dringend zu beschleunigen, ist es notwendig, daß sich jeder Bürger seiner Rechte und Pflichten bewußt wird.“

Paris, 5. Mai. Der Untersuchungsrichter soll ferner festgestellt haben, daß Graf Beauregard um den Preis von 7000 Frs. Schriftstücke betreffend die Organisation des Aufstands erworben haben soll, die vom allgemeinen Arbeiterverband stammen. Außerdem hat der Untersuchungsrichter Anhaltspunkte dafür erhalten, daß ein Assessor des Kellnerstreiks in Toulon 5000 Frs. erhalten hat, und daß eine Kirchengregation eine Arbeitervereinigung im 15. und 17. Pariser Bezirk unterstützt hat.

Paris, 6. Mai. Die vor einigen Tagen verhafteten Sekretäre der Confédération générale du Travail, Griffulhues und Levy, wurden heute nachmittag einstweilen aus der Haft entlassen.

Paris, 6. Mai. Die unter der Anklahaltung der Teilnehmer an der Aufstandsbewegung im Norden hier verhafteten sind heute sämlich einstweilen freigelassen worden. (W. T. B.) Paris, 6. Mai. Der Leiter des bisherigen politischen Bureaus des Herzogs von Orléans, Bézine, bestreitet die Behauptung der regierungsfreundlichen Presse, wonach Vertreter des Herzogs den Auftrag erhalten hätten, in die Streitbewegung einzutreten, als unrichtig und als ein verleumderisches Wahlmanöver.

Der Ministerrat und die französische Ausstandsbewegung.

Paris, 5. Mai. Der Ministerrat beschäftigte sich mit der Ausstandsbewegung, die in beständiger Abnahme begriffen ist. Kriegsminister Etienne teilte mit, daß die für den 1. Mai nach Paris berufenen Truppen wieder nach ihren Garnisonen abgegangen seien. Der Minister des Außen Bourgeois erstattete Bericht über seine Unterredungen mit dem in der Begleitung des Königs Edward befindlichen englischen Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Sir Charles Hardinge.

Die Pariser Bombenwürfe.

(W. T. B.) Paris, 5. Mai. Bei seiner Vernehmung, die heute morgen stattfand, erklärte Sollof, daß er ein früherer Schüler der Bergakademie in Warschau sei, sich an der revolutionären Bewegung in Warschau beteiligt habe und dann nach Paris geflüchtet sei. Hier habe er Strata kennen gelernt, aber nicht gewußt, daß dieser an dem Tage, als die Explosion erfolgte, Bombe bei sich trug. Sollof erklärte ferner, daß er nicht Anarchist sei. Die Staatsanwaltschaft hat in Warschau Ermittlungen eingezogen, um den wahren Namen Stratas festzustellen, welcher der Polizei unter vier Namen bekannt ist. Wie die Untersuchung ergeben hat, waren die in den letzten Tagen vorbereiteten Attentate gegen hochgestellte russische Persönlichkeiten, die ihren Wohnsitz in Frankreich haben, gerichtet.

(W. T. B.) Paris, 5. Mai. Die beiden Russen, der Student Peter Bernstein und Berta Feld, von denen es heißt, sie seien verhaftet, befinden sich auf der Flucht. Die einzigen Verhaftungen, die gestern vorgenommen wurden, sind diejenigen eines Mannes und einer Frau, die sich Rubinsteine nennen. Wahlen in der Schweiz.

(W. T. B.) Bern, 6. Mai. Bei der heutigen ersten Wahl der bernischen Regierung durch das Volk wurden die bisherigen neun Mitglieder, sieben Radikale und zwei Konervative, wiedergewählt. Die gleichzeitige Gesamterneuerung des Grossen Rates ergab die Bestätigung einer starken radikalen Mehrheit.

Republikanische Machenschaften in Lissabon.

(W. T. B.) Madrid, 5. Mai. Eine von der Censur aufgehaltene Depesche aus Lissabon meldet, daß der Führer der Republikaner Bernardino Machado dort eingetroffen und von einer großen Volksmenge am Bahnhof begrüßt worden sei. Die Polizei sei gegen die Manifestanten mit gezogenem Säbel vorgegangen, mehrere Personen seien verletzt worden.

Zum englisch-türkischen Konsult in Ägypten.

Der Streit zwischen England und der Türkei wegen der türkisch-ägyptischen Grenze wird seit